

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, dem 05.07.2013, im Ausschusszimmer des Kreishauses  
Warendorf (4. OG, C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:47 Uhr**

		Seite
	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Bericht der Verwaltung	5
1b.	Verwendung des Ausschüttungsbetrages der Sparkasse Münsterland Ost	6
2.	Bericht und vierte Fortschreibung des Frauenförderplanes	7
3.	Vereinbarung der Städte und Gemeinden zur Übertragung der Aufgaben der Brandschutzdienststelle auf die Stadt Beckum	8
4.	Kostentragungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben der Brandschutzdienststelle auf die Stadt Beckum	9
5.	Inklusionsplan für den Kreis Warendorf	10
6.	Resolution des Kreistags Warendorf an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen "Schulische Inklusion braucht gute Gelingensbedingungen"	12
7.	Fortsetzung des Münsterland Giro nach 2013	14

- |     |  |                 |           |
|-----|--|-----------------|-----------|
| 8.  | Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grunderneuerung der Kreisstrasse 56, Wadersloh                            | <b>424/2013</b> | <b>15</b> |
| 9.  | Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grunderneuerung der Kreisstrasse 1, Freckenhorst-Buddenbaum               | <b>412/2013</b> | <b>16</b> |
| 10. | Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg und der Fa. Stroetmann Gmbh & Co.KG über die Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes in Sassenberg | <b>408/2013</b> | <b>17</b> |
| 11. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2012   | <b>419/2013</b> | <b>18</b> |
| 12. | Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien  | <b>435/2013</b> | <b>19</b> |

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- |    |   |                 |           |
|----|---|-----------------|-----------|
| 1. | Ernennung eines neuen Kreisbrandmeisters  | <b>434/2013</b> | <b>20</b> |
| 2. | Abschluss eines Vertrages mit dem Träger PariSozial zur Leistungserbringung für von Autismus betroffene junge Menschen und Erwachsene | <b>423/2013</b> | <b>21</b> |
| 3. | Vergabe des Auftrages zur Lieferung eines LKW mit Ladekran und Winterausrüstung für den Bauhof Beckum                                 | <b>418/2013</b> | <b>22</b> |

## **Anlagen**

- Anlage 1      Bericht und 4. Fortschreibung des Frauenförderplanes

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Gericke, Olaf Dr.	
<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Buschkamp, Franz-Josef	
Diekhoff, Markus	
Dufhues, Hannelore	Vertretung für Frau Birkhahn
Eisenhuth, Hans-Heinrich	
Gerwing, Theresia	
Grüttner-Lütke, Angelika	Vertretung für Frau Lindstedt
Hild, Karl-Wilhelm	
Kaup, Winfried	
Kreft, Peter	
Möllmann, Rolf	
Ommen, Detlef	
Schulte, Stephan	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	Vertreter für Herrn Nahrman
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Bas
<b>von der Verwaltung</b>	
Börger, Heinz Dr.	
Butz, Kerstin	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Hansen, Peter Dr.	
Kampelmann, Norbert	
Schulte-Sienbeck, Verena	
Seidel, Sebastian	
Senol-Kocaman, Diler	

**Es fehlten entschuldigt:****Mitglieder des Kreisausschusses**

Bas, Ali

Birkhahn, Astrid

Lindstedt, Cornelia

Nahrman, Rudolf

Landrat Dr. Gericke begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Presse.

Zusätzlich begrüßt er die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Kerstin Butz, die Sozialplanerin, Frau Verena Schulte-Sienbeck, und die Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, Frau Diler Senol-Kocaman.

Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 24.06.2013 form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Der Frauenförderplan und eine Ergänzungsvorlage zur Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien ist mit Schreiben vom 26.06.2013 nachversandt worden.

Mit der Einladung zum Kreistag vom 01.07.2013 ist zudem die Vorlage über die Verwendung des Ausschüttungsbetrages der Sparkasse Münsterland Ost versandt worden, welche auf den Tischen ausliegt.

Ebenso liegt auf den Tischen der SPD-Antrag zum Inklusionsbericht vom 22.05.2013 aus, der allerdings bereits wörtlich in die Vorlage eingearbeitet ist.

Frau Arnkens-Homann (SPD) fragt nach dem Umgang mit dem Antrag der CDU-Fraktion zur Entfristung der Stellen der Schulsozialarbeiter. Daraufhin entgegnet Kreisdirektor Dr. Börger, dass dieser Antrag laut Antragsteller erst im nächsten Gremiendurchlauf auch im Kreisausschuss und Kreistag beraten werden solle.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung ernennt Landrat Dr. Gericke Frau Angelika Grüttner-Lütke (B'90/Grüne) und Herrn Gregor Stöppel (FWG) zu Ehrenbeamten.

Sodann ergeht folgender **Beschluss**:

Die Vorlage Nr. 438/2013 „Verwendung des Ausschüttungsbetrages der Sparkasse Münsterland Ost“ wird nach TOP 1 „Bericht der Verwaltung“ als TOP 1b auf die Tagesordnung gesetzt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**I. Öffentlicher Teil****1. Bericht der Verwaltung**

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass der Versand des Entwurfs des Kreisentwicklungsprogramms Mitte August erfolgen solle. Sodann solle die Beratung in den folgenden Gremien erfolgen:

19.09.2013 – Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit  
20.09.2013 – Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung  
23.09.2013 – Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familie  
10.10.2013 – Ausschuss für Schule, Kultur und Sport  
11.10.2013 – Kreisausschuss  
18.10.2013 – Kreistag

Die Fraktionen hätten somit vier Wochen zur Lektüre und internen Beratung Zeit. Sofern es erforderlich sei, kämen Verwaltung und Herr Dr. Arndt (Prognos AG) gern auch in die Fraktionssitzungen.

<b>1b.</b>	<b>Verwendung des Ausschüttungsbetrages der Sparkasse Münsterland Ost</b>	<b>438/2013</b>
------------	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass über den Ausschüttungsbetrag die Zweckverbandsversammlung am 25.06.2013 entschieden habe. Grundvoraussetzung sei, dass die Ausschüttung maßvoll bleibe und das Eigenkapital in Ordnung sei.

Kreisdirektor Dr. Börger erläutert, dass die Sprachbildung bei Migrantenkindern mit dem Ausschüttungsbetrag gefördert werde. Hier nennt er das FIT-Projekt, die „Sprachschätze“ und die „Mercator-Sprachförderung“. Bei Letzterer ziehe sich die Mercator-Stiftung nun zurück, so dass der Kreis mehr Mittel bereitstellen müsse. Die Programme hätten sich bewährt, und es gebe konkrete Pläne im Kommunalen Integrationszentrum (KIZ), diese weiter zu entwickeln.

Für Herrn Hild (CDU) ist die Fortsetzung der Sprachförderung als Grundvoraussetzung für Integration unerlässlich.

Auch Frau Arnkens-Homann (SPD) signalisiert Zustimmung und fragt inwieweit die enorme „Man-Power!“ der Studenten der Uni Münster ersetzt werden könne.

Laut Kreisdirektor Dr. Börger habe der Landrat die Rektorin gebeten, die Beteiligung fortzusetzen. Wichtig sei, dass die Studenten auch in Ahlen und Beckum und nicht nur in den Randgemeinden von Münster tätig seien.

Für Herrn Thiel (B'90/Grüne) ist sprachlicher Ausdruck für den Zugang zu Bildung wichtig. Daher finde die Vorlage seine Unterstützung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Warendorf verwendet den Ausschüttungsbetrag der Sparkasse Münsterland Ost aus ihrem Jahresüberschuss 2012 für die Fortführung der durchgängigen Sprachbildung des Kreises Warendorf im Rahmen der Projekte „FIT – Frühkindliches Integrations Training“, „Sprachschätze“ und „Mercator-Sprachförderung“.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>2.</b>	<b>Bericht und vierte Fortschreibung des Frauenförderplanes</b>	<b>431/2013</b>
-----------	---	-----------------

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Butz, stellt die Ergebnisse und Ziele des Frauenförderplanes vor. Die Präsentation ist beigelegt (**Anlage 1**).

Personaldezernent Dr. Funke ergänzt, dass die Gleichstellungsbeauftragte und die Personalverwaltung bei den Zielen gut zusammen arbeiten würden und nicht auseinander lägen.

Frau Grüttner-Lütke (B'90/Grüne) findet die Frauenquote in der Verwaltung grundsätzlich in Ordnung. Allerdings ist sie der Ansicht, beim Wiedereinstieg und der Ferienbetreuung gebe es noch Spielräume, die ausgenutzt werden könnten. Ebenso solle im höheren Dienst auch die Möglichkeit von Teilzeitarbeit geschaffen werden, denn Frauen in Führungspositionen seien wichtig.

Frau Arnkens-Homann (SPD) bedankt sich bei Frau Butz und KK Dr. Funke. Zeige ihre Zusammenarbeit doch, dass Frauenförderung kein solitäres Projekt der Gleichstellungsbeauftragten, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe sei. Es müsse besonders jungen Frauen gezeigt werden, dass Menschenführung auch Spaß mache.

Laut Herrn Hild (CDU) könne immer gesagt werden, eine Situation sei nicht befriedigend. Bei der Frauenförderung sehe er allerdings eine galoppierend positive Entwicklung.

KK Dr. Funke trägt vor, dass Kindererziehung bei Frauen dazu führen könne, Führungspositionen nicht anzustreben. Gerade deshalb sei die Verwaltung bestrebt, Mütter in Führungspositionen zu unterstützen.

Frau Butz ergänzt, dass in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 15 mehr Teilzeitarbeit wünschenswert sei. Jede teilzeitgeeignete Stelle werde aber auch als teilbar ausgeschrieben. Betrachte man den Frauenanteil bei den Auszubildenden in Höhe von 62 %, dann wachse sich die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen voraussichtlich mit den Jahren zwangsläufig aus.

### **Beschlussvorschlag:**

Die vierte Fortschreibung des Frauenförderplanes (Stand: 31.12.2012) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

3.	<b>Vereinbarung der Städte und Gemeinden zur Übertragung der Aufgaben der Brandschutzdienststelle auf die Stadt Beckum</b>	<b>416/2013</b>
----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der in der Anlage befindlichen Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben der Brandschutzdienststelle durch die namentlich aufgeführten Städte und Gemeinden auf die Stadt Beckum zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

4.	<b>Kostentragungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben der Brand-schutzdienststelle auf die Stadt Beckum</b>	<b>415/2013</b>
----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der in der Anlage befindlichen Kostentragungsvereinbarung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**5. Inklusionsplan für den Kreis Warendorf****374/2013/1**

Kreisdirektor Dr. Börger stellt klar, dass bereits im Februar 2013 der Behindertenbeirat dem Inklusionsbericht zugestimmt habe. Auch die Fachausschüsse hätten den Bericht positiv aufgenommen. Sodann habe es einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion gegeben, die endgültige Verabschiedung wegen Beratungsbedarfs zu vertagen.

In einem zweiten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion seien einige Punkte thematisiert worden, die in der Vorlage beantwortet seien. Es werde ein Gremium zum Austausch mit den örtlichen Behindertenbeauftragten gebildet, woraus dann regelmäßig im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit berichtet werde.

Auch wenn es wenig in Anspruch genommen werde, werde die Verwaltung die Hinweise auf das „persönliche Budget“ verstärken. Der Behindertenfahrdienst werde demnächst neu ausgeschrieben. Selbstverständlich werde regelmäßig in den Fachausschüssen über den Umsetzungsstand des Inklusionsberichtes berichtet.

Zu kurz geraten sei leider der Bericht der schulischen Inklusion, aber hier sei es laut Kreisdirektor Dr. Börger schwierig, den Bericht auf dem aktuellen Stand zu halten. Es seien deshalb nur die Punkte „Mindestgröße von Förderschulen“ und „Konnexität“ mit aufgenommen worden.

Frau Arnkens-Homann (SPD) lobt den Bericht als gute Grundlage. Sie wünscht eine Vertiefung des Themas „Fortführung von Förderschulen“ nach den Sommerferien oder im nächsten Jahr.

Dieses Erfordernis sieht auch Kreisdirektor Dr. Börger, der eine Information zur Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetz im Fachausschuss zusagt.

Auf Herrn Eisenhuths (FDP) Frage zu ILJA antwortet Kreisdirektor Dr. Börger, dass es das Projekt ILJA nicht mehr gebe, aber die Maßnahmen und Inhalte möglichst fortgesetzt werden sollten.

Für Herrn Hild (CDU) ist Inklusion ein wichtiges Ziel und durch den mitnehmenden Prozess der Verwaltung sei ein vorzeigbares Ergebnis entstanden.

Herr Stöppel (FWG) sieht in der Inklusion eine große Herausforderung. Ihm sei vielfach zugetragen worden, dass der Inklusionsbericht des Kreises „Hand und Fuß“ habe. Ebenso lobt er ausdrücklich die gute Arbeit von Frau Schulte-Sienbeck.

Auch Landrat Dr. Gericke schließt sich dem Dank an Frau Schulte-Sienbeck an. Ebenso dankt er auch Herrn Bücker (Vertreter des Behindertenbeirates), welcher im Publikum sitzt, für die konstruktive Begleitung durch den Behindertenbeirat. Das Miteinander habe zu einem guten Ergebnis geführt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Inklusionsplan für den Kreis Warendorf wird mit den vorliegenden Änderungen beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>6.</b>	<b>Resolution des Kreistags Warendorf an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen "Schulische Inklusion braucht gute Gelingensbedingungen"</b>	<b>428/2013</b>
-----------	---	-----------------

Herr Diekhoff (FDP) erläutert, dass die schulische Inklusion das schwierigste und größte Feld des Prozesses sei. In der Anhörung der Experten im Landtag zum 9. Schulrechtsänderungsgesetz sei klar geworden, dass die Vorschläge der Landesregierung so nicht umzusetzen seien. Insbesondere müssten die Wahlfreiheit der Eltern erhalten und die Kinder ohne Handicap weiter gefördert werden.

Frau Arnkens-Homann (SPD) stellt klar, dass zusätzliches Personal und weitere Hilfestellungen erforderlich seien. Die Unterscheidung zwischen Kindern ohne und mit Handicap sei für sie absurd, denn es gehe um gemeinsames Lernen. Keinesfalls sei ein Kind ohne Handicap weniger im Focus, wenn ein Kind mit Behinderung in dieselbe Klasse gehe. Hinsichtlich der Förderschulen müsse berücksichtigt werden, dass die Schülerzahlen drastisch zurückgehen. Dies schlage sich auch bei den Förderschulen nieder. Aus diesem Grunde müsse sich der Kreis dem Thema widmen. Sie erklärt sich bereit, eine gemeinsame Resolution zu erstellen, die das Thema versachlicht.

Herr Stöppel (FWG) appelliert an CDU und FDP, keine Resolution zu verabschieden. Es sei der falsche Zeitpunkt dafür, denn kein Gesetz komme so aus dem Parlament, wie es hineingehe. Insbesondere hätten die kommunalen Spitzenverbände die Interessen ihrer Mitglieder bereits vorgetragen.

Landrat Dr. Gericke wirft ein, dass die Verordnung zu Mindestgrößen von Förderschulen so bleibe, wie entworfen. Daher gebe es wenig Hoffnung für die betroffenen Förderschulen im Kreis Warendorf.

Laut Herrn Hild (CDU) würden mit der Resolution die Interessen der Gebietskörperschaften, der Eltern, der Betroffenen und der Schulträger entsprechend vertreten. Weiter führt er aus, dass über die Erhebung einer Klage zu beschließen sei, wenn das 9. Schulrechtsänderungsgesetz so beschlossen werde, wie es jetzt entworfen sei. Es drohe eine „Inklusion nach Kassenlage“. Er könne nicht nachvollziehen, wie so auf dem Verordnungswege Schulen im Bestand gefährdet würden.

Ein Bekenntnis zur Inklusion könne laut Herrn Diekhoff (FDP) gern in die Einleitung des Resolutionstextes aufgenommen werden. Es gehe nicht darum, die Inklusion abzulehnen, sondern es gehe in der Resolution um das „Wie?“. Insbesondere müsse die Resolution jetzt verabschiedet werden und nicht erst, wenn das Gesetz fertig sei.

Inklusion müsste laut Frau Grüttner-Lütke (B'90/Grüne) auch im Lehramtsstudium berücksichtigt werden. Ihrer Ansicht nach sei die Aussage, dass die Förderschulen geschlossen würden, nicht korrekt. Allenfalls handle es sich um Zusammenlegungen, weil die Schülerzahlen nicht mehr erreicht würden.

Herr Thiel (B'90/Grüne) äußert, dass die Mindestgröße von 144 Schülern auch bisher gegolten habe. Von den 165 Sonderschulen nähmen 120 die Ausnahmeregelung in Anspruch.

Kreisdirektor Dr. Bröger stimmt Herrn Thiel zu, dass die Zahl 144 auch bisher die Mindestgröße sei. Allerdings greife bisher in vielen Fällen die Ausnahmeregelung (Unterschreitung der Zahl um 50 %). Dies sei auch erforderlich. Er verstehe nicht, wieso das Land kleine Grundschulen erhalte, aber Förderschulen streiche. Auch verstehe er nicht, dass sich der Schulausschuss des Landtages begeistert vom Ennigerloher Kompetenzzentrum zeige, aber die Landesregierung es durch Verordnung schließe. Weiterhin erwähnt er die gute Arbeit der Regenbogenschule und der Erich-Kästner-Schule. Historisch zu bewerten sei, dass erstmals Lehrerverbände und kommunales Spitzenverbände bei einem Gesetzentwurf einer Meinung seien. Unter diesen Voraussetzungen könne die Inklusion nicht gelingen. Das Urteil der fast 100 Sachverständigen sei vernichtend. Es stelle sich laut Kreisdirektor Dr. Börger die Frage, wieso man Experten anhöre, wenn man ihre Stellungnahme nicht berücksichtige. Wenn eine Resolution verabschiedet werden soll, dann müsse dies jetzt geschehen.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass die Experten sich in ihren Stellungnahmen einig seien. In der Sprache der Schule habe die Landesregierung eine „dicken blauen Brief“ bekommen. Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz solle am 23.09.2013 verabschiedet werden.

Auf einer Tagung der Landräte in Berlin habe ein führender Politiker folgenden Satz gesagt: „Wir sollten aufpassen, nicht die Institutionen zu schließen, die wir später noch brauchen können.“ Bei dem Politiker habe es sich um Frank-Walter Steinmeier (SPD) gehandelt, der diesen Satz am 13.09.2013 im Jakob-Kaiser-Haus vor den Landräten gesprochen habe.

Frau Arnkens-Homann (SPD) erinnere die Debatte an die Diskussion um die Ganztagschulen. Es werde weiterhin Förderschulen geben und für die bestehenden gälten natürlich Übergangsregelungen. Die Ablehnung der Inklusion gehe an der Menschenwürde der Kinder mit Handicap vorbei.

Herr Diekhoff (FDP) verwehrt sich gegen die Aussage, die FDP agiere gegen die behinderten Kinder. Es gehe nicht um ein „Ende der Inklusion“, sondern um die „Zukunft der Wahlfreiheit“.

Laut Herrn Möllmann (CDU) sei jetzt der richtige Zeitpunkt für die Resolution. Er könne generell die Argumente des Landes nicht nachvollziehen. Demnächst gebe es 29er-Klassen im gemeinsamen Unterricht und das Land begründe dies damit, dass es „starke Lehrer“ habe. Er stimme der Resolution zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 10 Nein 6 Enthaltung 0

**7. Fortsetzung des Münsterland Giro nach 2013****410/2013****Beschlussvorschlag:**

Die Fortsetzung des Münsterland Giro nach 2013 wird begrüßt. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>8.</b>	<b>Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grunderneuerung der Kreisstrasse 56, Wadersloh</b>	<b>424/2013</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von erheblichen außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 130.000 € im Teilfinanzplan Produktgruppe Straßenbau und –unterhaltung Investitions-Nr. 12.66.007 Grunderneuerung K 56, Wadersloh gem. § 83 Abs.2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mittelbereitstellung erfolgt durch Einsparungen bei der Maßnahme Investitions-Nr. 12.66.009 Grunderneuerung K 33, Alverskirchen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

9.	<b>Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grunderneuerung der Kreisstrasse 1, Freckenhorst-Buddenbaum</b>	<b>412/2013</b>
----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von erheblichen außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 550.000 € im Teilfinanzplan Produktgruppe Straßenbau und –unterhaltung Investitions-Nr. 13.66.005 "K1 Grunderneuerung Freckenhorst-Buddenbaum" gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mittelbereitstellung erfolgt durch Einsparungen bei der Maßnahme Investitions-Nr. 14.66.001 –K 7 Radweg Lette-Beelen K 8, II.BA.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

10.	<b>Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg und der Fa. Stroetmann Gmbh &amp; Co.KG über die Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes in Sassenberg</b>	<b>408/2013</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgelegte Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg und der Fa. Stroetmann Gmbh & Co. KG abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

11.	<b>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2012</b>	<b>419/2013</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**12. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien****435/2013****Beschlussvorschlag:**

Nachbesetzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien:

Herr Christian Korte wird als Nachfolger für Frau Elisabeth Ludwig als stimmberechtigtes (stellvertretendes) Mitglied aus dem Bereich der anerkannten freien Träger der Jugendhilfe in den obigen Ausschuss gewählt.

Nachbesetzung Polizeibeirat:

Frau Angelika Grüttner-Lütke wird als Nachfolgerin für Herrn Ali Bas als Mitglied in den Polizeibeirat gewählt.

Nachbesetzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport:

Herr Ulrich Schlösser (S.B.) wird als direkter Stellvertreter von Herrn Ali Bas als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport gewählt. Die weitere Stellvertretung erfolgt innerhalb der Fraktion B'90/Grüne nach Alphabet.

**Beschlussvorschlag wurde ergänzt (auf Antrag von der Kreistagsfraktion DIE LINKE):**

Anstelle von Herrn Knud Vöcking wird Frau Sandra Riveiro Vega als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport entsandt.

(Herr Schulte hatte sich in seiner E-Mail mit der Ausschussbezeichnung vertan.)

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10.47 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer